



Inhaltsverzeichnis

Türkei	Seite 01 bis 04
Irak	Seite 04 bis 08
Iran	Seite 08 bis 11
Syrien	Seite 11 bis 12
Libanon	Seite 12
Deutschland	Seite 12
USA	Seite 14
Schweiz	Seite 14
Publikationen	Seite 14 bis 17
Impressum	Seite 17

Türkei:

Urteil gegen Türkei

Buße wegen Folter

Die Türkei muss einer 32-jährigen Türkin wegen Folter ein Schmerzensgeld von 4.000 Euro zahlen. Zu diesem Urteil kam gestern der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte. Die Frau war 1995 unter dem Verdacht der Mitgliedschaft in einer illegalen Vereinigung festgenommen und während der U-Haft gefoltert worden.

(Quelle: taz, 1.11.06)

Türkei will notfalls

Teil – Stopp der Verhandlungen in Kauf nehmen

Keine Öffnung türkischer Häfen für Schiffe aus griechischem Teil Zyperns ohne Ende des Wirtschaftsembargos gegen Nordzypern

Istanbul - Auf einer staubigen Ebene östlich der zyprischen Hauptstadt Nikosia könnte sich das Schicksal der türkischen EU-Kandidatur entscheiden. Hier, eine halbe Autostunde vom türkischen Teil Nikosias entfernt, liegt der Flughafen Ercan. Die Maschinen, die in Ercan starten, fliegen in mehrere Städte in der Türkei - aber sonst nirgendwo hin: Die "Türkische Republik Nordzypern" (KKTC) wird nur von Ankara anerkannt und ist einem internationalen Wirtschaftsembargo unterworfen, das auch den Flugverkehr umfasst.

Im Streit um die Weigerung der Türkei, ihre Häfen für Güter aus dem zur EU gehörenden griechischen Teil Zyperns zu öffnen, spielt Ercan eine Schlüsselrolle. Die Türkei und die KKTC wollen durchsetzen, dass Ercan für internationale Flüge freigegeben wird. Dafür will die Türkei notfalls einen Teilstopp ihrer EU-Beitrittsverhandlungen riskieren.

Drohung mit Verhandlungsstopp

Die Drohung mit dem Verhandlungsstopp war einer der Hauptpunkte des neuen EU-Fortschrittsberichts,

der am Mittwoch vorgelegt wurde. Nun bereitet sich die Türkei auf die bis zum Gipfel im Dezember bevorstehenden Aufgaben vor. Einen Gesetzesentwurf zur Überarbeitung des berüchtigten Paragraphen 301, der die "Beleidigung des Türkentums" verbietet, hat Ankara offenbar schon in der Schublade. Der Begriff "Türkentum" solle gestrichen und durch "türkische Nation" ersetzt werden, berichtete eine Zeitung. Zudem solle in dem Gesetz klarer zwischen Meinungsäußerung und Beleidigung unterschieden werden. Beim Thema 301 dürfte die Türkei schon bald handeln.

Das Zypern-Problem ist eine wesentlich härtere Nuss. Die EU verlangt von der Türkei die baldige Hafenöffnung für griechisch-zyprische Schiffe. Geschieht das nicht, könnte der EU-Gipfel am 15. Dezember beschließen, die Beitrittsverhandlungen mit Ankara zumindest einigen Bereichen einzufrieren.

Bemühungen um einen Kompromiss

In den fünf Wochen bis zum Gipfel will sich die finnische Ratspräsidentschaft um einen Kompromiss bemühen. Bisher sah das finnische Modell vor, dass ein Seehafen in der KKTC für den freien Handel geöffnet wird. Doch das reicht der türkischen Seite nicht. Nur mit internationalen Flugverbindungen können der Tourismus im türkischen Teil Zyperns und damit die Wirtschaft des Inselsektors auf die Beine kommen, argumentiert sie. Die griechischen Zyprioten wehren sich jedoch dagegen, der KKTC diese Eigenständigkeit einzuräumen, weil sie die nachträgliche Legitimierung der türkischen Militärintervention von 1974 auf Zypern befürchten.

Da die EU einerseits den türkischen Zyprioten eine Lockerung des Wirtschaftsembargos versprochen hat, andererseits aber auf den griechischen Mitgliedsstaat Zypern Rücksicht nehmen muss, stehen die finnischen Diplomaten vor einer sehr schweren Aufgabe. Zumindest offiziell will die Türkei nichts unternehmen, um die Arbeit der Finnen noch schwieriger zu machen. "Wir sind für Vorschläge offen", sagte Vizepremier Abdullatif Sener am Donnerstag. Auch Außenminister Abdullah Gül betonte mehrfach, dass die Türkei die Vermittlungsversuche Helsinkis konstruktiv unterstützen werde.

Knackpunkt Öffnung der Häfen

In einem Punkt wird Ankara aber nicht mit sich reden lassen: Ohne ein Ende des KKTC-Embargos bleiben die türkischen Häfen für Schiffe aus dem griechischen Teil Zyperns geschlossen. Alles andere wäre ein Jahr vor den Parlamentswahlen politischer Selbstmord für die Regierung von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan.

Viele Experten in der Türkei halten eine Einigung beim Thema Zypern bis zum 15. Dezember für wenig wahrscheinlich. In Ankara hat deshalb das Nachdenken über die Folgen begonnen. Mit einem Einfrieren der gesamten Beitrittsverhandlungen durch den EU-Gipfel rechnet niemand; die regierungsnahe Zeitung "Yeni Safak" betonte selbstbewusst, die EU wisse um die strategische Bedeutung der Türkei.

Unterbrechung in einigen Kapiteln

Schon eher könnte der EU-Gipfel die Unterbrechung der Beitrittsverhandlungen in einigen Kapiteln beschließen, spekuliert die Presse. Bis zu 15 Felder der Gespräche könnten betroffen sein. Eine solche Entscheidung wäre nicht das Ende des türkischen EU-Prozesses, auch wenn Staaten wie Frankreich oder Österreich dies gerne so hätten, schrieb der angesehene Kommentator Taha Akyol am Donnerstag in der Zeitung "Milliyet".

Diese Länder wollten erreichen, dass die Türkei den EU-Verhandlungstisch ganz verlasse. Daraus werde nichts, schrieb Akyol. Der Weg der Türkei in die EU sei zwar steinig und voller Streit, aber: "Es geht weiter." (Quelle: Der Standard, 09.11.06)

Rechtsradikale greifen Kurden an

Am 8. November sollen 30-40 Rechtsradikale kurdische Schüler am Gediktas Gymnasium in Sultanbeyli (Istanbul) angegriffen und dabei den Schüler Abdülvahit Aras mit einem Messer und zwei weitere Schüler durch Schläge verletzt haben. Der Gymnasiast Kamuran Harmanci sagte, dass es am Vortage zu einem Wortwechsel zwischen den Gruppen gekommen sei. Nach der Prügelei seien 8 kurdische Schüler, aber nur einer der Rechtsradikalen festgenommen worden. (Quelle: Özgür Gündem, 12.11.06)

Europa oder hemmungsloser Machtkampf

Mit Bülent Ecevit wurde nicht nur ein wichtiger türkischer Politiker zu Grabe getragen. Sein Tod markiert auch das Ende einer Epoche. Ecevit war der letzte große Kemalist, der letzte wirkliche Vertreter dieser auf Mustafa Kemal Atatürk zurückgehenden politischen Bewegung, die eine spezifische türkische Mischung aus westlicher Modernisierung, Staatssozialismus und militärisch bewehrtem Nationalismus darstellt.

Zwar hat der Kemalismus in der Türkei schon länger seine Dominanz verloren. In den Achtzigerjahren war er vom raffgierigen Kapitalismus eines Turgut Özal abgelöst worden, später musste dieser dem abgeschwächten Islamismus der AKP und Tayyip Erdogans Platz machen. Doch mit Ecevit ist der Lordsiegelbewahrer des Kemalismus zu Grabe getragen worden.

Jetzt befindet sich das Land mitten in der Auseinandersetzung um eine neue Gewichtung von Säkularismus und Islam, Bewahrung von Tradition und Annäherung an die westliche Moderne und dem Kampf um einen US-Kapitalismus versus ein europäisch geprägtes, sozialdemokratisches Modell. Vor allem der Konflikt um die Trennung von Staat und

Religion bestimmt das Tagesgeschäft. Viele Türken befürchten, dass die AKP neben dem Premier im kommenden Jahr auch noch das Amt des Staatspräsidenten übernehmen könnte - und dass dann eine Re-Islamisierung der Türkei beginnt, mit der das Erbe Atatürks endgültig beseitigt würde. Die Armee hat bereits mehrfach deutlich gemacht, dass sie nicht bereit ist, einer solchen Entwicklung tatenlos zuzusehen.

Bisher konnte man davon ausgehen, dass diese Konflikte durch die EU-Einbindung abgemildert werden. Seit sich aber in der Türkei der Eindruck verfestigt, dass es letztlich sowieso keine Chance auf eine Vollmitgliedschaft gibt, entfällt die Selbstdisziplinierung mit Rücksicht auf den Beitrittsprozess zusehends, und die streitenden Parteien schauen nur noch auf den Ausbau ihrer eigenen Machtposition.

Falls Ende des Jahres die EU-Verhandlungen tatsächlich wegen Zypern ausgesetzt werden, ist die Bühne frei für den hemmungslosen nationalen Machtkampf. (Quelle: taz, 13.11.06)

DTP-Vorsitzende vor Gericht

Vor dem 9. Gericht für schwere Straftaten in Ankara hat heute ein Prozess gegen die beiden DTP-Vorsitzenden Aysel Tugluk und Ahmet Türk wegen eines von der DTP-Frauenfraktion zum 8. März verfassten Flugblattes begonnen. In dem Flugblatt, das noch vor der Verteilung von der Polizei beschlagnahmt wurde, wird auf die Bemühungen Abdullah Öcalans für eine friedliche Lösung der kurdischen Frage aufmerksam gemacht, womit nach Ansicht der Staatsanwaltschaft der Tatbestand „Loben einer Straftat oder eines Straftäters“ erfüllt ist. DTP-Vorsitzenden drohen laut dieser Anklage bis zu zwei Jahren Haft.

Die Verteidigung argumentierte damit, dass der Parteivorstand nicht die Verantwortung für den von der Frauenfraktion der Partei verfassten Text trage, dieser ohnehin keinen Strafbestand beinhalte und dies erst recht nicht, weil es gar nicht zu einer Veröffentlichung gekommen war. Außerdem sei nicht das Gericht für schwere Straftaten zuständig. Die Verhandlung wurde auf den 4. Dezember vertagt... (Quelle: ISKU, 13.11.06)

Atatürk zensiert

Wie Cemil Kocak, Dozent an der Sabanci-Universität, gegenüber der in der Türkei erscheinenden Tageszeitung Radikal mitgeteilt hat, hat die Institution für türkische Geschichte (TTK) frühe Worte Atatürks über die Kurden zensiert. „Bis 1925 sprach Atatürk von der Bevölkerung der Türkei. Auch in den Gesetzen war das so.“ Die Definition „türkische Nation“ und der Satz „In diesem Land leben Türken“ seien nach dem Aufstand des Kurden Şeyh Sait im Jahr 1925 aufgekommen. Dieser Aufstand stelle einen Wendepunkt da, so Kocak. „Bis 1925 sagte Atatürk im Parlament: ‚Ob Türken, Kurden oder Tscherkessen, wir alle sind Elemente des Islam‘. Nach 1925 hieß es dann: ‚Jeder, der in der Türkei lebt, gehört zur türkischen Nation, jeder ist Türke. Die Republik wurde von Türken gegrün-

det.' Das bedeutete, dass sich jeder als Türke bezeichnen und türkisch reden sollte.“ Mit dem Aufstand von Şeyh Sait habe Atatürk die mit den Kurden errichtete Allianz aufgekündigt, so Kocak. „Nachdem er seinen nationalen Kampf mit Unterstützung der Kurden erfolgreich beendet hatte, glaubte Atatürk als ein Politiker, dass er die Unterstützung der Kurden nicht mehr brauche.“ Im Jahr 1923 habe Atatürk in einem langen Gespräch mit Pressevertretern in Izmit die kurdische Frage behandelt, erklärte Kocak weiterhin. Allerdings sei bei der in den sechziger Jahren erstellten Zusammenfassung der Erklärungen Atatürks, die in der Presse veröffentlicht wurden, dieser Teil heraus genommen worden. „In dieser Rede sagt Atatürk wie zu Beginn des nationalen Kampfes, dass die Kurden eine regionale Autonomie oder ähnliches erhalten werden.“ (Quelle: ISKU, 14.11.06)

IHD und TIHV schreiben an Justizminister: Schluss mit der Isolation

Die Vorsitzenden des IHD (Yusuf Alatas) und der TIHV (Yavuz Önen) haben in einem Brief an den Justizminister Schritte zur Beendigung der Isolation in den Gefängnissen vom Typ F gefordert. Beginnend mit den Operationen gegen die Gefängnisse, den Hungerstreiks und Todesfastenaktionen in und außerhalb der Gefängnisse seien mehr als 130 Menschen wegen des Übergangs zu den F-Typ Gefängnissen gestorben.

Die Koordination der Berufsverbände in Istanbul und der Verein der Kontemporären Juristen wiesen darauf hin, dass der Anwalt Behic Asci nun schon seit mehr als 220 Tagen im Todesfasten sei, und kündigten an, dass sie am 17. November mit dem Justizminister sprechen wollen.

Im Brief der Menschenrechtsorganisationen wurde auf die psychischen und physischen Folgen der Isolation in den Gefängnissen hingewiesen.

Zwischen 2003 und 2005 haben sich 404 ehemalige Gefangene aus F-Typ Anstalten an die TIHV gewandt. Von ihnen mussten 203 einen Psychiater aufsuchen. Bei 52 dieser Patienten wurde eine posttraumatische Belastungsstörung festgestellt.

(Quelle: BIA, 15.11.06)

Türkei entfernt "Beleidigung des Türkentums" aus Strafgesetz Noch vor EU-Gipfel Mitte Dezember geplant

Die Türkei will einen umstrittenen Artikel ihres Strafgesetzbuches noch vor dem EU-Gipfel Mitte Dezember ändern.

Der Artikel 301, der die "Beleidigung des Türkentums" unter Strafe stellt, verletzt nach Einschätzung der Europäischen Union die Meinungsfreiheit.

Er wurde von der türkischen Justiz wiederholt zur Strafverfolgung von Intellektuellen und Journalisten eingesetzt, die sich zum umstrittenen Völkermord an den Armeniern geäußert hatten.

Betroffen war auch Literatur-Nobelpreisträger Orhan Pamuk... (Quelle: der Standard, 15.11.06)

Menschenrechtsorganisationen kritisieren Türkei

Die Internationale Liga für Menschenrechte (FIDH) und die Weltorganisation gegen Folter (OMCT) haben in einer gemeinsamen Presseerklärung auf die Lage von Menschenrechtlern in der Türkei aufmerksam gemacht und die Installation eines Kontrollmechanismus über den Europarat gefordert. Als Beispiel für den Druck, dem Menschenrechtler in der Türkei ausgesetzt sind, wird in der Erklärung die Bedrohung von AktivistInnen des Menschenrechtsvereins IHD genannt.

So seien Kiraz Biçici, Eren Keskin, Doğan Genç und Paban Dayanan von der Istanbul Zweigstelle des Vereins im April 2005 von den Türkischen Rachebrigaden [TIT, die sich auch zu dem Bombenanschlag in einem öffentlichen Park in Diyarbakir mit zehn Toten bekannt haben] mit dem Tod bedroht worden.

Des Weiteren werden Menschenrechtsaktivisten mit Prozessen überhäuft. Als weiteres Beispiel wird die Verhaftung und Misshandlung von zwei IHD-Aktivisten aus Mardin nach den blutigen Auseinandersetzungen Ende März diesen Jahres in der kurdischen Region genannt.

Hüseyin Cangir und Erdal Kuzu seien verhaftet, von einem Militärarzt geschlagen und weiteren Misshandlungen ausgesetzt worden. Ähnliches sei dem Sprecher der Demokratieplattform Diyarbakir, Ali Öncü, sowie den Gewerkschaftlern Necdet Atalay, Resit Yaray und Mursel Kayar widerfahren. Die Erweiterung des Rechtes auf Vereinsgründung im Jahr 2004 spiegelte sich in der Praxis nicht wieder, befanden die beiden internationalen Menschenrechtsorganisationen.

Insbesondere Personen und Einrichtungen, die sich mit der Verteidigung von Minderheitenrechten beschäftigten, würden in ihrer Arbeit mit verschiedenen Methoden behindert. Der Europarat sei aufgefordert, zur Beobachtung der Situation von Menschenrechtlern in der Türkei einen juristischen Mechanismus zu installieren. (Quelle: ANF, 16.11.06)

Kurden in Ayvalik angegriffen

Am 13. November wurden Sabahattin Enistekin (vormals Funktionär bei HADEP), Necmettin Karatas, Halit Koçoğlu und Ferit Aslan in der Kreisstadt Ayvalik (Balıkesir) zunächst von einer Person, die ein Messer hatte, beschimpft.

Es kamen weitere vier Personen hinzu und griffen die Kurden erneut an. Nachdem die Angreifer festgenommen worden waren, bedrohten sie die Kurden noch auf der Polizeiwache. In der gleichen Nacht sollen ca. 20 Personen das Haus des Kurden Mehmet Kocoglu angegriffen haben.

(Quelle: Evrensel, 16.11.06)

Der Papst besucht die Türkei

Eines steht schon vor dem Abflug in die Türkei fest: Es wird die schwierigste, die heikelste Reise des Papstes seit seiner Wahl im April 2005. Keine jubelnden Menschenmassen werden erwartet, es wird keine Messen vor Millionenpublikum geben. Stattdessen ist bei dem viertägigen Besuch in Anka-

ra, Ephesus und Istanbul (28. November bis 1. Dezember) die höchste Sicherheitsstufe angesagt. Erstmals reist Benedikt in ein Land mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit.

"Der Papst wird jedes Wort seiner Reden genau abklopfen", meint ein Vatikankenner in Rom. "Ein falsches Wort, und das Verhältnis zum Islam steht in Flammen."

In der Türkei ist die umstrittene Regensburger Rede des Kirchenführers zum Thema Islam und Gewalt nicht vergessen. Der erste Besuch eines Papstes seit mehr als einem Vierteljahrhundert erweckt in der Türkei kaum Hoffnungen auf den Beginn eines Dialogs zwischen Christentum und Islam. "Es dürfte ein unterkühlter Empfang werden", meinen viele Türken immer wieder. Zudem steht ein höchst politisches Thema im Raum, das Für und Wider eines türkischen EU-Beitritts. Als er noch Kardinal Joseph Ratzinger hieß, war Benedikt strikt dagegen. "Als Papst wird er sich dazu wohl kaum äußern", heißt es in Rom.

Doch das alles entscheidende Thema der Reise heißt "Christentum und Islam". Viele Muslime in der Türkei haben genau zur Kenntnis genommen, dass der Papst seine Äußerungen zum Thema Islam und Gewalt nicht zurückgenommen hat. Stattdessen hatte er bedauert, dass seine Rede missverstanden worden sei. Der Papst hatte im September an der Universität Regensburg einen byzantinischen Kaiser aus dem 14. Jahrhundert mit den Worten zitiert, der Prophet Mohammed habe "nur Schlechtes und Inhumanes" gebracht. Vatikankenner aus Rom waren damals über die scharfe Sprache sofort erschrocken und verwundert, auch wenn es sich nur um ein Zitat handelte.

Der streitbare Präsident der türkischen Religionsbehörde, Ali Bardakoglu, macht jedenfalls keinen Hehl daraus, dass eine förmliche Entschuldigung Benedikts besser gewesen wäre, um die Wogen zu glätten. Es brauche Zeit, den "Fehltritt" des Papstes "gänzlich zu vergessen", meint er. Immerhin: Benedikt wird Ali Bardakoglu zum persönlichen Gespräch treffen. In Ankara wird es geradezu als "Geste des Entgegenkommens" gewertet, dass Benedikt gleich zu Beginn seines Besuches Bardakoglu seine Aufwartung macht.

Dagegen hält es Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan nicht für opportun, sich mit dem Staatsgast aus Rom zu zeigen. Er wird in Ankara nicht präsent sein, wenn der Papst kommt, weil er zum NATO-Gipfel nach Lettland muss. Italienische Medien sprachen von "Brüskierung", der Vatikan ist verschnupft, versucht aber, die Angelegenheit herunter zu spielen.

Ansonsten ist das Programm nach der Ankunft am Dienstag in Ankara eher schmal, Höflichkeitsbesuch beim Staatspräsidenten, Besuch im Mausoleum von Mustafa Kemal Atatürk (1881-1938), dem Staatsgründer der modernen Türkei. Die erste Messe gibt es erst am Mittwoch auf einem Zwischenstopp in Ephesus, der alten biblischen Siedlung in der Nähe von Izmir.

Höhepunkt der Reise aber ist Istanbul, das alte Konstantinopel, Stadt zwischen Orient und Abend-

land - und Sitz des orthodoxen Patriarchen Bartholomäus I. Bereits seit seiner Wahl bekräftigt Benedikt immer wieder, wie ernst es ihm mit der Ökumene sei. Auch Bartholomäus gilt als Mann ohne Berührungsängste. Seit Jahren gab es zwischen Rom und den Ostkirchen keinen echten Schritt mehr zu mehr Gemeinsamkeit. In Istanbul soll es eine gemeinsame Erklärung geben. Das könnte ein erster Schritt sein, Bewegung in die Sache zu bringen. (*Kölnischer Rundschau*, 21.11.06)

Irak:

Kommentar Saddam-Urteil

Vertane Chance

Die Debatte wirkt müßig. Auf die Frage, ob das Todesurteil gegen Saddam Hussein angemessen ist, gibt es in der Tradition der Menschenrechte nur eine klare Antwort: Angemessen kann ein solches Urteil, gerichtet gegen wen auch immer, aus sich heraus nicht sein. Denn der Tod durch den Strang steht dem Gebot der Menschenwürde unversöhnlich entgegen.

Diese Gewissheit aus dem Geist der Aufklärung, eine wenn auch zugegebenermaßen ausgesprochen europäische Perspektive, hätte den Irakern gut getan. Immerhin stand die Frage, welche gesellschaftspolitische Bedeutung dieses Verfahren gegen den früheren Diktator für die Zukunft des aus den Fugen geratenen Landes haben konnte, eine Zeit lang im Fokus der irakischen Öffentlichkeit.

Starke Kräfte setzten sich, angespornt von den US-Amerikaner, dafür ein, das Verfahren gegen Saddam unbedingt im eigenen Land zu führen, um damit gewonnene Autonomie zu behaupten. Ihnen ging es darum, auch eine Zäsur zur Vergangenheit zu markieren und Bindekräfte für die Zukunft freizusetzen - im Sinne einer anderen, dann vor allem besseren politischen Perspektive.

Im Grunde sollte das Ende dieses Verfahrens zum Beginn einer republikanischen Konstitution führen. Doch diese Sicht der Dinge stand einer Erweiterung des Horizonts im Wege. Denn dann hätte man ernsthafter erwägen können, den Prozess gegen Saddam in Den Haag zu führen. Im Lichte der internationalen Öffentlichkeit, die den Irakern den Eindruck hätte vermitteln können, selbst dazuzugehören.

Vor dem internationalen Tribunal, das sich selbst in der Tradition der am Anfang eines demokratischen Prozesses stehenden Nürnberger Prozesse versteht, wäre die juristische Aufarbeitung der Diktatur zu einem Teil der internationalen Auseinandersetzungen geworden - mit den Totalitarismen des 20. Jahrhunderts. (*Quelle: FR online*, 06.11.06)

Brennstoffknappheit verschlimmert sich im Norden

Brennstoff wird im Nordirak so knapp, dass Familien Äste von Bäumen und Büschen sowie Dung aufsammeln und zum Kochen als auch Heizen verwenden.

„Die Brennstoffkrise hat sich in der letzten Zeit ausgeweitet“ erklärt Mohammed Zibari, Leiter der Kommission zur Zuteilung von Brennstoff im Nordirak, zu dem die Provinzen Mosul und Kirkuk sowie die drei kurdischen Provinzen Arbil, Suleymaniya und Dohuk gehören.

Zibari machte die Unterbrechung von Importen, insbesondere aus Syrien und der Türkei, für diese Krise verantwortlich. Er sagte nicht, weshalb die Länder die Öllieferungen an den Nordirak unterbrochen haben. Im vergangenen Jahr hat die Türkei den Ölexport gestoppt, nachdem das Ölministerium Zahlungen an türkische Unternehmer eingestellt hatte. Die Kommission hatte in Vorbereitung auf die kalten Wintermonate Verträge mit beiden Ländern für den Import von Flüssiggas, Kerosin und Gas in den Mengen abgeschlossen, die den Bedarf der sechs Provinzen gedeckt hätten.

„Trotz der Verträge haben die Nachbarländer die Lieferungen nicht vorgenommen“ sagte Zibari.

Iraks Rechnung für Ölimporte beträgt über eine halbe Milliarde Dollar pro Monat und trotzdem gibt es eine permanente Knappheit. Analytiker berichten, dass das Ölministerium, das auch Brennstoffimporte und die Verteilung regelt, in Korruption verwickelt ist und es gibt Berichte über gefälschte Verträge und erfundene Ölgeschäfte mit örtlichen Vertragnehmern.

„Importe aus der Türkei sind seit fast zwei Monaten unterbrochen und wir haben keinen einzigen Tropfen der Menge erhalten, die in den Verträgen festgeschrieben ist“ sagte Zibari.

Zibari verbat sich Fragen, ob sich die Verträge noch in den Räumen der Regierung befänden oder bereits verschwunden sind. Der Irak hat gewaltige Ölreserven und die Raffineriekapazität unter dem ehemaligen Führer Saddam Hussein wurde auf fast 750.000 Fässer pro Tag geschätzt.

Vor der amerikanischen Invasion 2003 gab es keine Ölknappheit.

(Quelle: Azzaman, 08.11.06. Übersetzt: M. Cornelius)

**Endlich Jubel für Rumsfeld im Irak
Nur die Kurden wollen US-Truppen noch länger im Land sehen — UN-Bericht zeigt anhaltendes Alltagsleid der Iraker auf — Hälfte der Landbevölkerung hat nicht einmal sauberes Trinkwasser!**

US-Kommentatoren tun es. Iraks Politiker tun es. Und auch die Bürger Iraks tun es: Sie alle werten den Rücktritt von US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld als Signal, dass die US-Truppen nun an Abzug denken.

Im Irak brandet daher das erste Mal Jubel über eine Entscheidung Rumsfelds auf.

Laut einer aktuellen Umfrage der „World Public Opinion“, wollen 71 Prozent der Iraker die USgeführten Truppen spätestens in einem Jahr los sein. Allein die Kurden im Nordirak sind mehrheitlich dafür, dass die ausländischen Streitkräfte erst gehen, wenn sich die Sicherheitslage verbessert hat. Die US-Einheiten werden nicht als Stabilisatoren gesehen, sondern von 78 Prozent der Iraker als Provokateure der Gewalt.

Die Hälfte der Menschen an Euphrat und Tigris glaubt auch, dass die Vorlage eines Zeitplanes für den Rückzug der internationalen Einheiten ab sofort die irakische Regierung stärken würde. Allerdings: 38 Prozent der Iraker rechnen dann mit einem offenen Bürgerkrieg, ein Drittel mit einem weiteren Verlust an Alltagssicherheit. Der Hass auf die „Besatzer“ ist in den letzten Monaten sogar noch gestiegen: 60 Prozent der Iraker gutieren mittlerweile Anschläge auf die internationalen Einheiten. Besonders unter den Sunniten gibt es zwischen Kirkuk und Basra kaum mehr einen, der bei Anschlägen nicht in die Hände klatscht. Aus diesem Todesreigen tanzen nur die Kurden: Dort will nur jeder siebte GI sterben sehen. Die Sunniten wollen überhaupt nichts Amerikanisches mehr im Irak, die Kurden und Schiiten zumindest noch das Geld für den Aufbau des Landes.

Geld das dringend nötig ist. Laut einem UN-Bericht fehlen für die nötigsten Infrastruktur-Projekte noch 252 Millionen US-Dollar. Noch immer hat nämlich die Hälfte der Landbevölkerung keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Jeder vierte Todesfall unter Kindern wird auf diesem Umstand zurückgeführt. Extrem schlimm ist die Trinkwasserkrise im schiitischen Südirak.

Dort ist in drei Vierteln der Häuser der Brunnen trocken oder verdreckt. Und: die Hälfte der Abwässer landet momentan ungeklärt in den Flüssen und Rinnsalen. Auch die Versorgung mit elektrischem Strom ist im Irak weiterhin prekär: Ein Drittel der Menschen muss damit leben, von 24 Tagesstunden 16 Stunden keinen Strom zur Verfügung zu haben. *(Quelle: Neues Volksblatt, 10.11.06)*

Bush stellt neue Irak-Strategie in Aussicht

Bagdad - Wenige Tage nach der Niederlage der Republikaner bei den Kongresswahlen hat US-Präsident George W. Bush eine Strategie Änderung im Irak signalisiert.

Bei seiner wöchentlichen Radioansprache bezeichnete Bush am Samstag den designierten neuen Verteidigungsminister Robert Gates als "Träger des Wandels" ("agent of change"). Angesichts der anhaltenden Spannungen zwischen den Religionsgruppen plädierte der irakische Ministerpräsident Nuri al-Maliki unterdessen für eine umfassende Regierungsumbildung. Allein am Sonntag wurden bei einem Selbstmordanschlag auf ein Rekrutierungsbüro der Polizei in Bagdad mindestens 35 Menschen getötet.

Bundespräsident Horst Köhler forderte in einem Gespräch mit der "Frankfurter Rundschau" vom Samstag auch die Europäer zu mehr Engagement im Irak auf.

Die Folgen des Irakkriegs seien nicht nur ein Problem der Amerikaner, sagte Köhler. Die Europäer könnten aus eigenem Interesse nicht zulassen, "dass die Region im Chaos versinkt".

Bush betonte, der ehemalige CIA-Direktor Gates habe Erfahrungen damit, große und komplexe Organisationen zu führen.

Als Verteidigungsminister werde er einen unverbrauchten Blick auf den Irak werfen und herausarbeiten, was für einen Sieg nötig ist. Bush stellte klar, dass es keinen schnellen Abzug der etwa 150.000 US-Soldaten aus dem Irak geben werde.

Bush und der britische Premierminister Tony Blair sollen kommende Woche mit einer von dem Ex-Außenminister James Baker und dem früheren Kongressmitglied Lee Hamilton geleiteten Expertengruppe sprechen, die nach alternativen Irak-Strategien sucht und zu der auch Gates gehört.

Die "New York Times" berichtete, ein Team unter US-Generalstabschef Peter Pace arbeite an einer Strategie für den Irak und andere Länder. Das Team will bis Dezember Lösungsvorschläge erarbeiten. So sollen künftig möglicherweise mehr irakische, von den USA ausgestattete und ausgebildete Sicherheitskräfte eingesetzt werden. Auch eine Anpassung der Zahl der US-Soldaten sei im Gespräch. Die Bestandsaufnahme hänge nicht mit dem Wechsel an der Spitze des Verteidigungsministeriums zusammen, betonte Pace.

Gates soll Nachfolger von Donald Rumsfeld werden. Die Regierung will Gates noch in diesem Jahr vom Kongress bestätigen lassen, bevor der neue Kongress mit der demokratischen Mehrheit zusammentritt. Als Hauptgrund für die Stimmenverluste der Republikaner gilt der unpopuläre Irak-Krieg. Gates größte Herausforderung dürfte sein, ein Abgleiten des Irak in einen Bürgerkrieg zu vermeiden.

Die Spannungen zwischen Sunniten und Schiiten und die prekäre wirtschaftliche Lage sind offenbar Hintergrund der umfassenden Regierungsumbildung, für die Al-Maliki nach einer Parlamentssitzung plädierte. Details nannte er nicht. Die Regierung der nationalen Einheit ist seit sechs Monaten im Amt. Bereits im August zeigte sich al-Maliki unzufrieden; eine teilweise Kabinettsumbildung war damals offensichtlich am Widerstand der Parteien gescheitert.

Unterdessen hält die Gewalt unvermindert an. Am Sonntagmorgen sprengte sich ein Selbstmordattentäter in einer Polizei-Rekrutierungsstelle im Westen Bagdads in die Luft. Dabei wurden mindestens 35 Menschen getötet und 60 verletzt, wie ein Mitarbeiter des Innenministeriums sagte. Seit Monaten wurden bei einem Anschlag auf Rekruten nicht mehr so viele Menschen getötet.

Zuvor starben am Samstag bei der Explosion zweier Autobomben acht Menschen, mindestens 38 weitere wurden verletzt. Die Sprengsätze detonierten Vertretern des Innenministeriums zufolge auf einem gut besuchten Markt in der Innenstadt. Nach Angaben der Polizei hielten zudem bewaffnete Angreifer südlich von Bagdad drei Kleinbusse an, erschossen neun Insassen und entführten mindestens 13 weitere. (Quelle: Reuters, 12.11.06)

Im Mord im Irak: 90 Jahre Haft für US-Soldaten

Fort Campbell. Ein amerikanisches Militärgericht hat am Donnerstag einen Soldaten zu 90 Jahren Haft verurteilt, der mit drei anderen ein 14-jähriges

irakisches Mädchen vergewaltigt und danach mit ihren Eltern und ihrer sechsjährigen Schwester getötet hat. Der 23-jährige Unteroffizier James Barker hatte sich schuldig bekannt und bereit erklärt, gegen seine Kameraden auszusagen, um einer möglichen Todesstrafe zu entgehen.

Das Verbrechen wurde am 12. März in dem Dorf Mahmudiya 30 Kilometer südlich von Bagdad begangen. Nach Barker wird drei weiteren Soldaten im Alter von 19 bis 24 Jahren der Prozess gemacht. Zwei von ihnen droht die Todesstrafe.

In Camp Pendleton in Kalifornien wurde ein Marineinfanterist wegen seiner Rolle bei der Entführung und Tötung eines Irakers zu neun Jahren Haft, von denen er aber nur 21 Monate verbüßen muss.

(Quelle: Wiener Zeitung.at, 17.11.06)

Vizegesundheitsminister in Bagdad entführt

Unterdessen wurde der irakische Vizegesundheitsminister von Unbekannten entführt. Ammar el Saffar wurde heute in Bagdad von Bewaffneten aus seinem Haus im sunnitischen Viertel Aadhamija verschleppt, wie aus Sicherheitskreisen in der irakischen Hauptstadt verlautete. Die Geiselnnehmer seien am frühen Abend mit vier Fahrzeugen vorgefahren. Saffar ist wie Gesundheitsminister Ali el Schemmari Schiit. (Quelle: news.ORF.at, 20.11.06)

Ein seltener Gast besucht Bagdad

Erstmals seit dem Sturz des Regimes von Saddam Hussein vor gut drei Jahren haben Syrien und der Irak direkte Gespräche aufgenommen. Der syrische Außenminister Walid Muallem traf gestern zu einem zweitägigen Besuch in Bagdad ein. Es ist der erste Besuch eines hohen syrischen Politikers im Irak seit dem Bruch der diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Nachbarstaaten vor 24 Jahren.

Muallem werde Gespräche mit dem irakischen Ministerpräsident Nuri al-Maliki und anderen hohen Regierungsvertretern führen, sagte der Parlamentsabgeordnete Mahmud Osman. Die irakische Seite will Syrien vor allem zu strikteren Grenzkontrollen bewegen. Mehrfach haben die Iraker, aber auch die mit ihnen verbündeten Amerikaner dem Regime in Damaskus vorgeworfen, Gewalt im Irak zu schüren, weil es nichts gegen das Einsickern von sunnitischen Extremisten über die gemeinsame Grenze unternimmt. Zugleich bezichtigt Bagdad das Nachbarland, ranghohen Kadern der früheren Baath-Partei Schutz zu gewähren, die von Syrien aus Umsturzpläne gegen die neue Regierung betrieben.

Damaskus hat die Anschuldigungen zurückgewiesen und argumentiert, es sei Sache des Irak, die eigenen Grenzen zu sichern. Zumindest in vereinzelten Fällen hat Syrien sogar mit den USA bei der Sicherung der Grenzen kooperiert, indem beispielsweise militärische Operationen im Grenzgebiet geduldet wurden.

Dass beide Länder nicht schon früher direkte Beziehungen aufgenommen haben, ist nur vor dem Hintergrund der scharfen Rhetorik von US-

Präsident George W. Bush zu verstehen. Indem Bush Syrien zusammen mit Iran auf die Liste der "Achse des Bösen" setzte und Washington offen einen Regimewechsel forderte, provozierte die US-Regierung gewissermaßen den Widerstand Syriens gegen den Wechsel in Bagdad. Die Führung in Damaskus befürchtete vor allem einen möglichen weiteren US-Militärangriff, diesmal gegen das eigene Land. Dabei hatte Syrien der damaligen Opposition gegen das Saddam-Regime jahrelang Zuflucht gewährt, was auch ein Ergebnis des Kampfs um die regionale Vormacht zwischen den beiden Flügeln der Baath-Partei war, die in Syrien und im Irak herrschten. Neben dem heutigen Staatspräsidenten Jalal Talabani, einem Kurden, hatte Ministerpräsident Maliki über Jahre hinweg von Damaskus aus die Fäden der Untergrundbewegung seiner schiitischen Dawa-Partei gezogen. Mittlerweile droht der Irak immer tiefer in den Sog eines Bürgerkriegs zu geraten, der auch auf die Nachbarländer übergreifen könnte. Eine Stabilisierung des Irak liegt insofern auch im syrischen Interesse. "Wir unterstützen den politischen Prozess und die irakische Regierung", sagte Muallem anfang des Monats bei dem Treffen der arabischen Außenminister in Kairo. Zudem sprach er sich für einen Dialog mit Washington aus, um den Irak zu stabilisieren.

Der jetzige Besuch von Muallem kommt zu einer Zeit, in der die USA und Großbritannien nach einer neuen Irak-Strategie suchen. Dabei hat sich der britische Premierminister Tony Blair dafür ausgesprochen, Verhandlungen mit Syrien und Iran aufzunehmen.

Nur einen Tag vor Muallem traf der britische Schatzkanzler Gordon Brown zu einem Truppenbesuch in Basra ein, wobei er dem Irak Wirtschaftshilfe in Höhe von 100 Million Pfund zusagte. Unterstützung findet Blair damit offenbar beim ehemaligen US-Außenminister James A. Baker. Dieser hat sich laut dem syrischen UN-Botschafter im Rahmen der "Iraq Study Group" (ISG) in New York mit Muallem zu einem Gespräch getroffen, um ein mögliches syrisches Entgegenkommen im Irak auszuloten. Das Treffen sei sehr viel versprechend gewesen, sagte der UN-Botschafter. Außenministerin Condoleezza Rice schloss allerdings direkte Gespräche mit Damaskus fürs Erste aus. (Quelle: taz, 20.11.06)

Menschenrechtler über Saddam-Prozeß: "Grundlegend unfair"

Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch hat das Todesurteil gegen den früheren irakischen Machthaber Saddam Hussein als ungerecht bezeichnet. In dem Verfahren gegen Saddam und sieben weitere Angeklagte vor dem Sondertribunal in Bagdad habe es so viele Verfahrens- und Formfehler gegeben, daß auch die Urteile unfair seien, heißt es in einem 97seitigen Bericht der Organisation, der am Montag in New York veröffentlicht wurde.

Saddam, sein Halbbruder Barsan al-Tikriti und ein ehemaliger Richter waren Anfang des Monats we-

gen der Hinrichtung von 148 Schiiten aus dem Ort Dudschail im Jahr 1982 zum Tode durch den Strang verurteilt worden (siehe auch: Saddam: Höchststrafe nach kurzem Prozess).

"Der Prozessverlauf im Dudschail-Verfahren war grundlegend unfair", sagte Nehal Bhuta, Autor des Berichts und Mitglied des Justizprogramms von Human Rights Watch. "Das Tribunal hat eine wichtige Möglichkeit verschenkt, dem irakischen Volk eine glaubhafte Justiz zu bieten." Die Verhängung der Todesstrafe nach einem unfairen Prozeß sei "nicht zu rechtfertigen", so Bhuta weiter.

Beweise vorenthalten, Rechte missachtet

Die Untersuchung des Prozesses habe schwere und bislang nicht dokumentierte Verfahrensfehler aufgedeckt, teilte Human Rights Watch weiter mit. So seien der Verteidigung wichtige Beweise, darunter auch entlastendes Material, im Vorfeld nicht zugänglich gemacht worden. Auch das Recht der Angeklagten, Belastungszeugen gegenüberzustehen, sei missachtet und die Unparteilichkeit der Richter durch ihr Verhalten gegenüber den Angeklagten in Frage gestellt worden.

Von Beginn an sei der Prozess durch die irakische Regierung unterminiert worden, die die Unabhängigkeit und Unparteilichkeit des Gerichts bedroht habe. Parlamentsabgeordnete und sogar Minister hätten das Gericht als schwach verunglimpft, was zum Rücktritt des ersten Vorsitzenden Richters geführt habe.

Nach Angaben der Organisation entstand der Bericht nach zehnmonatigen Beobachtungen und Dutzenden Gesprächen mit Richtern, Staatsanwälten und Verteidigern. Human Rights Watch sei eine von lediglich zwei internationalen Organisationen, denen es gestattet war, einen Beobachter in den Gerichtssaal zu entsenden. Es handele sich um die bislang umfassendste Untersuchung des Verfahrens. (Quelle: FAZ 20.11.06)

Die Iraker verstehen den Irak nicht mehr

Frauenpolitikerin der ersten Stunde ortet "dritte Parteien" hinter Destabilisierung

Wien/Bagdad – Rajaa Al-Khuzai, Ärztin und Politikerin aus Diwaniya im Irak, drückt das allgemeine irakische Gefühl aus, wenn sie sagt, dass „normale Iraker“ nicht mehr verstehen, was heute im Irak vor sich geht. Auch sie vermutet, wie viele, „dritte Parteien“ hinter der Destabilisierung: Sind es die Nachbarn, die keine Demokratie im Irak wollen, ist es Al-Kaida? Woher kommen die Milizen, die „innerhalb der Regierung“ agieren?

Die Gynäkologin, die auf Einladung von „Frauen ohne Grenzen“ in Wien zu Gast ist, erinnert im Gespräch an die schrecklichen Jahre unter Saddam Hussein, die Verzweiflung in der Sanktionszeit, als sie 22 Kaiserschnitte bei Kerzenlicht durchführte. Der irakische Mittelstand wurde damals ausgerottet, sagt sie, betont aber, dass Saddam die Not zu Propagandazwecken vergrößerte und ausnützte. Die Iraker waren „wirklich glücklich“, als sie von den

Amerikanern befreit wurden, aber dann kam alles anders als erträumt.

Khuzai wurde 2003 vom US-Zivilverwalter Paul Bremer in den Regierungsrat (IGC) berufen, als eine von drei Frauen, und im Jänner 2005 in die erste irakische Nationalversammlung gewählt (die im Dezember 2005 abgelöst wurde). Die Kopftuchträgerin hatte immer feministische Interessen im Auge und gründete den irakischen Witwenverband, dessen Hilfe bei einer steigenden Zahl von Opfern – sie nennt hundert Tote pro Tag – immer nötiger wird. „Die Regierung kümmert sich nicht um die riesige Zahl von Witwen. Die sind damit beschäftigt, einander umzubringen“, sagt Khuzai bitter. Heute sei die Arbeit der NGOs im Irak jedoch beinahe stillgelegt, es sei zu gefährlich geworden, sich zu bewegen. Frauen seien „leichte Ziele“.

(Quelle: der Standard.at, 21.11.06)

Der neue Nahe Osten - auf andere Art Die Erzfeinde Irak, Syrien und Iran nähern einander an. Die USA beobachten das mit Miss- trauen

Während in Washington noch heftigst darüber debattiert wird, ob man sich mit Syrien und Iran über den Irak unterhält, sind die drei genannten Staaten schon ein paar Schritte weiter. In Bagdad verkündeten gestern der irakische Außenminister Hoschiar Zebari und sein syrischer und Kollege Walid Mualim, dass beide Staaten die vollen diplomatischen Beziehungen wieder aufnehmen.

Zudem wolle man in Sicherheitsfragen eng miteinander kooperieren. Ein irakischer Regierungssprecher sprach enthusiastisch von einem historischen Schritt und einer neuen Ära. Zeitgleich akzeptierte Iraks Präsident Talabani eine Einladung von Irans Präsident Ahmadinedschad nach Teheran. Dort soll am Sonnabend ebenfalls über Sicherheitsfragen gesprochen werden. Angeblich hat auch Syriens Präsident Assad sein Kommen zugesagt. Ein neuer Nahe Osten ist im Entstehen - allerdings ganz anders, als sich die USA das vorgestellt hatten.

Bis zum Sturz Saddam Husseins waren Syrien, Iran und Irak einander spinnefeind. In Damaskus und Bagdad herrschten zwei miteinander konkurrierende Zweige der Baathpartei, es ging um regionale Vormachtstellung und persönliche Antipathien. Irak hatte 1980 Iran überfallen und die junge Islamische Republik in einen langen, opferreichen Krieg verstrickt. Der säkularen Führung Syriens schließlich war die iranische Theokratie suspekt, was sie aber nicht hinderte, drei Jahre nach dem irakischen Einfall im Iran die Beziehungen zu Bagdad abzubrechen.

Nun finden die drei Erzfeinde also wieder zueinander und der Klebstoff, der dieses Bündnis zusammenhalten soll, ist angeblich die Sicherheit Iraks. Die Feuerwehrmänner betätigen sich als Brandstifter und rücken dann aus, das Feuer zu löschen, so könnte man höhnen.

Sicher: Iran und Syrien haben durchaus mit Genugtuung gesehen, wie die USA im Irak Schiffbruch erlitten. Direkt und indirekt trugen und tragen sie auch das Ihre dazu bei, dass den Aufständischen

und Terroristen im Irak weder die Waffen, noch die Kämpfer ausgehen. Iran und Syrien unterstützen anti-amerikanische Bewegungen und Gruppen, sie helfen den Gegnern des US-Verbündeten Israel. Irans Präsident stellt die Existenz des jüdischen Staates in Frage. Man kann nichts Gutes über die beiden sagen: Aber den Krieg im Irak angezettelt, das Chaos und den Aufstand ausgelöst haben sie nicht.

Die Weltmacht USA und der Nuklearstaat Israel fühlen sich durch Syrien und Iran bedroht. Iran und Syrien fürchten die Weltmacht USA und das nuklearwaffen-besitzende Israel: Sowohl in Washington als auch in Jerusalem werden Angriffspläne gegen Iran ausgearbeitet, in beiden Staaten will die US-Regierung einen Regimewechsel befördern.

Iran und Syrien spielten mit ihrem Bemühen um Bagdad jetzt die Irak-Karte gegen die USA aus, heißt es vorwurfsvoll. Das ist in Anbetracht der Situation, in der sich alle Beteiligten befinden, nicht verwunderlich. Aber Teheran und Damaskus haben ein ureigenes Interesse an Stabilität im Irak: Sie fürchten weitere Flüchtlingsströme und ein Übergreifen der Unruhen, sie möchten am wirtschaftlichen Aufbau profitieren und Handel mit dem Nachbarn treiben. Zuerst wollen sie von den USA (und Israel) Sicherheitsgarantien. Dafür würden sie auch mehr geben und leisten, als nur einen Beitrag zur Stabilisierung Iraks.

"Das Problem ist nicht, was sie ankündigen", befand gestern Außenamtssprecher Tom Casey. "Das Problem ist, was sie tun." Er hat recht. Aber er vergaß, die Zwischenstufe zu erwähnen: Gespräche mit den USA, Kompromisse und gegenseitige Zusagen sowie technische Hilfe zum Beispiel zur Grenzüberwachung, um die Zusagen in Handeln umzusetzen. (Berliner Zeitung, 22.11.06)

Iran:

Iran exekutiert wieder einen Schwulen

Teheran - Iran hat einen Mann wegen seiner Homosexualität hingerichtet, berichtet die staatliche Nachrichtenagentur Irna. Das Opfer namens Schahab Darwisch wurde wegen "moralischer Korruption, Körperverletzung und homosexueller Unzucht" vor hunderten jubelnder Menschen in der westiranischen Stadt Kermanschah gehängt.

Damit gibt es in diesem Jahr Berichte von mindestens 117 Hinrichtungen in der Islamischen Republik, allerdings könnte die Dunkelziffer weit höher liegen. Menschenrechtsorganisationen schätzen, dass seit der Machtübernahme der Mullahs 1979 bereits über 4.000 Männer wegen schwulem Sex gehängt worden sind.

Neben Homosexualität gibt es im Iran die Todesstrafe auch auf Vergehen wie Spionage, Drogenhandel oder Gotteslästerung. Im vergangenen Jahr hat die Hinrichtung von zwei Jugendlichen wegen schwuler Handlungen ([queer.de berichtet](http://queer.de/berichtet)) zu heftigen Protesten und Abschiebestopps in Europa geführt. Manche Länder überdenken inzwischen

diese Praxis, Schweden schickt schwule Iraner wieder in ihr Heimatland zurück.

(Quelle: queer.de, 16.11.06)

Geschlechtertrennung in der Öffentlichkeit weiter auf dem Vormarsch

Das unmenschliche Regime der Mullahs verschärft in einer Linie mit seinen frauenfeindlichen Unterdrückungsmethoden die Geschlechtertrennung in der Öffentlichkeit, zum Beispiel in Regierungsbüros, Universitäten, Schulen, Krankenhäusern und sogar Parks.

Mit seinem jüngsten Plan hat des Oberhaupt für Verwaltung und Finanzen der sozialen Wohlfahrtsorganisation, Akbar Abbasi Maleki ein offizielles Memorandum an die regionalen Direktoren dieser nationalen Organisation gesandt und sie instruiert, die Geschlechtertrennung an den Arbeitsplätzen zu beschleunigen, um die islamische Kultur zu bewahren."

Unabhängig davon berichtete das staatliche Nachrichtenblatt Khorasan, dass die Geschlechtertrennung in Krankenhäusern und Kliniken im ganzen Land ausgebaut wird. Mohammad Jahangiri, ein höherer Beamter des Gesundheitsministeriums des Mullahregimes, erklärte: "Der Plan vom Bau von Frauenkrankenhäusern wurde bereits vom Gesundheitsministerium in Erwägung gezogen, bevor er von den Ministern der Regierung bestätigt wurde." Mohammad Mohammadian, der Vertreter des Höchsten Führers Ali Khamenei beim Rat der Universitäten des Landes, sagte: "Der Einbau von in sich geschlossenen Kamerakreisen, getrennte Ein- und Ausgangstüren für Männer und Frauen und ein Verbot von gemischten Sommerlagern wurde in den Universitäten bestätigt."

Die Vorsitzende des Frauenausschusses des NWRI, Sarvnaz Chitsaz sagte dazu: Seit Beginn des Jahres hat das Mullahregime weitere Schritte eingeleitet, um die iranischen Frauen zu unterdrücken, in dem mehrere Pläne, wie der 'Keuschheitsplan', der 'Nationale Bekleidungsplan für Frauen', 'die Einführung von roten und gelben Karten für Frauen, die gegen den eingeführten Kleiderkodex verstoßen', 'Antwort auf Straßenmannequins, die die Quelle allen Übels in der Gesellschaft sind' und der 'Nationale Sicherheitsplan' umgesetzt wurden.

Frau Chitsaz fügte hinzu, dass das Regime durch seine barbarische Unterdrückung der Frauen versucht, den Teil der Gesellschaft zu unterdrücken, der die Triebkraft der sozialen Aufstände ist.

Sie appellierte an die internationalen Menschen- und Frauenrechtsorganisationen ebenso wie die Verfechter von sozialen und politischen Rechten, die frauenfeindliche Politik des Mullahregimes im Iran zu verurteilen.

(Quelle: *Der Frauenausschuss des NWRI*, 16. 11.06)

Wieder Hinrichtung im Iran

Im Iran ist wieder ein Mann wegen seiner Homosexualität vor Gericht gestellt, verurteilt und hingerichtet worden. In der sogenannten "Islamischen Republik" gilt die Scharia, die die Todesstrafe für

Homosexualität, aber auch Steinigungen von Frauen vorsieht... Das jüngste Opfer der Mullahdiktatur heißt Schahab Darwishi und wurde in einem Schauprozeß wegen "moralischer Korruption, Körperverletzung und homosexueller Unzucht" zum Tode verurteilt. Laut der staatlichen Nachrichtenagentur "Irna" nahmen Hunderte von Schaulustigen an der Hinrichtung teil und verfolgten diese grölend und jubelnd.

Der Mann wurde in der westiranischen Stadt Kermanschah erhängt.

Damit wurden – offiziellen Berichten folgend – alleine in diesem Jahr im Iran mindestens 117 Menschen staatlich ermordet. Allerdings dürfte die Dunkelziffer wesentlich höher sein, da zahlreiche Ermordungen von staatlicher Seite ohne die vorherige Inszenierung einer "Gerichts"-Farce durchgeführt werden. Nach Schätzungen von Menschenrechtsorganisationen wurden seit dem Beginn der Mullah-Diktatur im Iran, 1979, alleine wegen dem "Anlagepunkt Homosexualität" mindestens 4.000 Männer ermordet. Im vergangenen Jahr hatte die öffentliche Erhängung zweier schwuler Jugendlicher durch die iranischen Machthaber weltweit großes Aufsehen erregt ([haGalil berichtete](http://haGalil.com)). Im Iran steht, neben Homosexualität, auch auf "Spionage", "Gotteslästerung" und ähnliches die Todesstrafe. So können und werden der Scharia folgend auch Frauen zu Tode gesteinigt, die vergewaltigt wurden oder sich unbotmäßig gegen die Regeln des faschistischen Regimes "versündigt" haben (siehe Bericht zu Malak Ghorbany). (Quelle: haGalil.com, 18.11.06)

Rüstungsschmuggel in den Iran

Angeklagte sollen Navigationsgeräte geliefert haben. Britischer Ingenieur (58) beteuert seine Unschuld.

Rüstungsschmuggel - das wirft die Staatsanwaltschaft einem iranischen Kaufmann (24) und einem britischen Ingenieur (58) vor. Die beiden sitzen seit gestern auf der Anklagebank im Landgericht. Sie sollen 2005 Navigationsgeräte für unbemannte Aufklärungsflugzeuge an das iranische Militär verkauft haben: Verstoß gegen das Außenwirtschaftsgesetz.

"Die Vorwürfe sind absurd", sagte der Ingenieur gestern. Sie beruhen auf "reiner Phantasie der Zollbeamten". Die Geräte habe er für kleine Sportflugzeuge entwickelt, daher müsse für sie auch keine Ausfuhrgenehmigung beantragt werden.

Die Staatsanwaltschaft geht bisher davon aus, dass er mit dem Iraner gemeinsame Sache machte, wusste oder billigend in Kauf nahm, dass die Ware fürs militärische Drohnenprogramm des Iran vorgesehen war.

Dass er mehrere Geräte an die Düsseldorfer Firma des Iraners geliefert hat, leugnete der Ingenieur nicht. Dieser hat sie beim Zoll mal für Indien, mal für Dubai angemeldet. Nach Überzeugung der Staatsanwaltschaft gingen sie jedoch stattdessen in den Iran.

Der Brite, dessen Firma in Baden-Württemberg sitzt, entwickelt seit Jahren Software für Navigationssysteme in Autos, Schiffen und Flugzeugen. Die

Geräte aus der Anklage habe er mit einem Sportpiloten entwickelt. Ausführlich erklärte er, dass eine Bildschirmdarstellung das Instrumentenlesen im Cockpit erleichtern sollte: "Eine Art Luxus-Ausstattung für Leute mit Geld."

Der iranische Kaufmann habe sich eines Tages bei ihm gemeldet, und Geräte für Kunden in den Arabischen Emiraten bestellt. "Ich dachte, das seien Scheichs." Vom Iran oder von militärischer Nutzung sei nie die Rede gewesen. "Wenn er sie für Drohnen wollte, wird er seine Kunden enttäuscht haben. Unbemannte Flugzeuge würden damit sofort abstürzen."

Das Gericht hat vier weitere Verhandlungstage angesetzt. (Quelle: NRZ, 21.11.06)

Zwölf Gefangenen droht im Iran die Steinigung

"Die Steinigung ist ein menschenverachtendes Phänomen", sagte die Abgeordnete der Linkspartei.PDS im Europaparlament, Feleknas Uca, bei einer Pressekonferenz zum Internationalen Gedenktages gegen Gewalt an Frauen, der am 25.November begangen wird. Sie erinnerte am Dienstag in Brüssel daran, dass noch immer 68 Staaten auf dieser Erde die Todesstrafe vollziehen und bezeichnete diese Tatsache als "nicht akzeptabel". Antoine Madelin von der "Fédération Internationale des Droits de l'homme" sagte gegenüber der Presse, dass man "im Moment eine erhebliche Verschlechterung der Menschenrechtssituation im Iran" feststellen müsse.

Auf der Tagesordnung des iranischen Staates stünden Misshandlungen und Folter gegen Regimegegner. Außerdem gehöre der Iran neben Pakistan zu den beiden Ländern, welche die Todesstrafe auch auf Jugendliche anwenden.

Zudem würden "Rechtsanwälte verfolgt, weil sie ihre Arbeit machen", sagte Madelin. Er erinnerte daran, dass erst kürzlich der iranische Gerichtshof Anwälte verurteilt habe, weil sie die Verteidigung von Angehörigen der arabischen Minderheiten übernommen hätten. Auch gebe es Probleme in der kurdischen Region.

Dort würden jene Personen verfolgt, die den Kindern die kurdische Sprache beibringen wollen. Madelin sprach die Hoffnung aus, "dass die Anwendung der Todesstrafe im Iran endlich durch die internationale Staatengemeinschaft verurteilt" werde. "Zwölf Frauen und Männer sitzen derzeit in iranischen Gefängnissen und warten dort darauf, gesteinigt zu werden", sagte die Vorsitzende des Internationalen Komitees gegen Exekutionen sowie Gründerin und Vorsitzende des "Internationalen Netzwerks gegen Steinigung", Mina Ahadi. "Wir dürfen die Steinigungen nicht akzeptieren oder sich daran gewöhnen", forderte Ahadi, deren Netzwerk von mehr als 200 Personen und Organisationen getragen wird.

Die vorerst letzte Steinigung habe vor zwei Monaten stattgefunden, erinnerte sie. Eine Frau und ein Mann seien wegen außerehelichem Sex auf diese Weise getötet worden. Man habe sie rituell gewa-

schen und mit Totenhemden bekleidet zur Steinigung geführt.

Die Europaabgeordnete Feleknas Uca sicherte den Organisationen die Unterstützung zu, die eine Abschaffung der Todesstrafe forderten. Sie bezeichnete die Steinigung als "die grausamste und menschenverachtendste Form der Todesstrafe".

Die Steinigung wird in einigen islamischen Ländern praktiziert. Dazu finden sich meist Bürger zusammen, die nach einem Urteil eines Rechtsorgans (König oder Gericht) den Delinquenten durch Steinwürfe töten.

Dabei werden die Opfer der Hinrichtung bis zu den Knien im Erdboden eingegraben und mit einem undurchsichtigen Tuch verhüllt. Die Steine dürfen nicht größer als die werfende Hand sein, damit der Tod des oder der Verurteilten hinausgezögert wird.

(Die Linkszeitung, 21.11.06)

Das Europäische Parlament verurteilt die Hinrichtung von Ahwazi

Das europäische Parlament hat die bevorstehende Hinrichtung von 11 Arabern, die zu den Ahwazi gehören, durch das iranische Regime auf Antrag aller politischen Gruppen verurteilt.

In dem Antrag wurde die Diskriminierung von ethnischen Minderheiten, besonders unter den arabischen Ahwazi, die "nach einer Erklärung von Miloon Kothari, dem Sonderberichterstatter der UN aus ihren Dörfern in ädequate Unterkünfte umgesiedelt werden, während einige von ihnen weiterhin in Gefangenschaft bleiben oder zum Tod verurteilt wurden", besonders hervorgehoben.

Es "verurteilt die gegenwärtige Missachtung der Minderheitenrechte und fordert, dass den Minderheiten alle ihnen nach der iranischen Verfassung und internationalen Gesetzen zustehenden Rechte" zuerkannt werden und fordert von den Behörden jede Form von Diskriminierung aus religiösen oder ethnischen Gründen oder von Personen, die zu Minderheiten wie Kurden, Azeris, Araber und Baluchis gehören, zu beseitigen."

Der Antrag fordert ebenfalls von den iranischen Behörden, sofort die bevorstehende Hinrichtung der Araber Abdullah Suleymani, Abdulreza Sanawati Zergani, Qasem Salamat, Mohammad Jaab Pour, Abdulamir Farjallah Jaab, Alireza Asakreh, Majed Alboghbaish, Khalaf Derhab Khudayrawi, Malek Banitamim, Sa'id Saki und Abdullah Al-Mansouri auszusetzen."

Die Abstimmung über die Verurteilung wurde von den Konservativen, den Sozialisten, den Grünen, den Liberaldemokraten, den radikalen und kommunistischen Gruppen unterstützt, die das gesamte Spektrum der politischen Meinung in Europa vertreten. Die britische Abgeordnete der Grünen Caroline Lucas und Jean Lambert hatten das Problem der Ahwazi Araber vor das Europäische Parlament gebracht und die gewalttätige Verfolgung von Minderheiten durch das iranische Regime strikt verurteilt.

Der einstimmige Tadel des Europäischen Parlaments der Behandlung von Minderheiten durch das iranische Regime wird größere Auswirkungen auf

die EU Beziehungen mit dem Iran haben. Die Massenhinrichtungen von Ahwazi Arabern haben mit einer Kampagne für den Stopp der Hinrichtungen die Aufmerksamkeit auf den aggressiven Rassismus des Regimes gelenkt. Die finnische Regierung - die gegenwärtig die EU Präsidentschaft innehat - bereitet gegenwärtig im Namen der EU die Aufarbeitung der Hinrichtungen von Ahwazi mit der iranischen Regierung vor.

Der Lobbyerfolg war in Großbritannien heftig. William Hague, der Schattenminister des Außenministeriums und frühere Vorsitzende der Konservativen Partei, traf sich gestern mit Mitarbeitern des Außenministeriums um seine Besorgnis über die Hinrichtung von Ahwazi Arabern zu betonen. Sein Büro teilte der Britischen Ahwazi Freundschaftsgesellschaft mit, dass die Mitarbeiter "ihm versichert haben, dass sie den Fall äußerst ernst nehmen und dass die FCO regelmäßig die Probleme von individuellen Todesstrafen mit der iranischen Regierung bespricht. Hague glaubt, dass eine internationale Verurteilung dieses Falles wichtig ist, in Teheran gehört zu werden, und er wird die Angelegenheiten selbst intensiv weiter verfolgen."

Der Abgeordnete der Labourpartei, Chris Bryant erklärte, dass eine lang andauernde Kritik des grauenhaften Menschenrechtsberichts des Iran vorbereitet wird um einen Eilantrag beim britischen Parlament auf den Tisch zu bringen, der die Massenhinrichtung von Ahwazi durch den Iran verurteilt. (Quelle: NWRI, 21.11.06)

Syrien:

Kurdischer Bürger in Syrien verhaftet

Aus Quellen der kurdischen Yekiti Partei wurde bekannt, dass eine Streife des staatlichen Sicherheitsnachrichtendienstes in Amoda (Nordosten) am 16.10.2006 im Laden des kurdischen Bürgers **Raizan Adel Ahmad** ein Razzia durchgeführt, ihn verhaftet und umgehend nach al-Qamishli gebracht hat. Später wurde er zur Nebenstelle des Nachrichtendienstes Al-Mantika, in Damaskus überführt. Der Grund für diese despotische und willkürliche Festnahme ist nicht bekannt.

Wir fordern die Beendigung jeglicher Art von despotischen Festnahmen und die unverzügliche Freilassung von Raizan Adel Ahmad sowie die aller politischen Häftlinge in Syrien.

(Quelle: SHRC, 09.11.2006. Übersetzt: M. Cornelius)

Ussama M. Ali al-Ello verhaftet

Eine Vertrauensperson hat uns informiert, dass der syrische Bürger Ussama Mohammed Ali al-Ello, der zusammen mit seinem Vater und seiner Familie in den Vereinigten Arabischen Emiraten lebt, anlässlich eines Besuchs in Syrien am 04.09.2006 nach seiner Einreise verhaftet wurde.

Der Informant fügte hinzu, dass niemand seit seiner Verhaftung vor zwei Monaten weder die Beschuldigungen gegen ihn noch den Aufenthaltsort kennt. Das SHRC verlangt von den syrischen Behörden die sofortige Freilassung von Herrn Ussama al-Ello

und die Beendigung jeglicher willkürlicher Festnahmen. (Quelle: SHRCe, 06.11.06. Übersetzt: M. Cornelius)

Menschenrechtsaktivist zu vier Jahren Haft verurteilt

Vorwurf der Präsidentenbeleidigung und Verbreitung falscher Nachrichten

Damaskus - Das Staatssicherheitsgericht in Syrien hat nach Angaben der nationalen Menschenrechtsorganisation am Sonntag einen 46-jährigen Ingenieur wegen Präsidentenbeleidigung und Verbreitung falscher Nachrichten zu vier Jahren Haft verurteilt. Der aus der nördlichen Provinz Hama stammende Menschenrechtler Ali Rastanawi sei im März 2005 festgenommen worden. Die Gruppe nannte das Urteil "ungerechtfertigt und nicht verfassungsgemäß" und verlangte die sofortige Freilassung des Verurteilten, da die Vorwürfe gegen ihn "unwahr" und "frei erfunden" seien.

Gegen Urteile des Staatsgerichtshofs, der sich mit politischen Verfahren befasst, ist kein Einspruch möglich. Die Verhandlungen werden oft vom Militär und nicht von zivilen Richtern geleitet. Festnahmen von Menschenrechtlern oder Verfechtern von mehr Demokratie kommen in Syrien häufig vor. Präsident Bashar al-Assad hat zwar seit seinem Amtsantritt vor sechs Jahren Hunderte politischer Gefangener freigelassen, griff jedoch gleichzeitig hart gegen Kritiker durch. (Quelle: der Standard, 19.11.06)

Hariri beschuldigt Syrien

Mehrheitsführer: "Sie haben sich geschworen, alle freien Menschen im Libanon umzubringen"

Beirut - Der Chef der antisyrischen Parlamentsmehrheit im Libanon, Saad Hariri, hat indirekt Syrien für den Mordanschlag auf den christlichen Falange-Politiker und Industrieminister Pierre Gemayel verantwortlich gemacht.

Ohne den Nachbarstaat direkt beim Namen zu nennen, sagte der sunnitische Vorsitzende des multi-konfessionellen "Blocks der Zukunft" am Dienstag im Fernsehen: "Sie tun das, was sie geschworen haben zu tun, sie wollen alle freien Menschen im Libanon töten." Hariris Vater, der ehemalige Regierungschef Rafik Hariri, war im Februar 2005 bei einem Bombenattentat in Beirut ermordet worden.

Der UNO-Sicherheitsrat sollte noch am heutigen Dienstag in New York definitiv der Einsetzung des Hariri-Tribunals zustimmen, nachdem die libanesische Regierung - in Abwesenheit der schiitischen Minister - grünes Licht gegeben hat.

Der pro-syrische libanesische Staatspräsident Emile Lahoud und der Parlamentsvorsitzende Nabih Berri haben den Regierungsschluss für null und nichtig erklärt.

Die vom Weltsicherheitsrat eingesetzte Untersuchungskommission unter Leitung des belgischen Sonderermittlers Serge Brammertz und seines deutschen Vorgängers Detlev Mehlis verdächtigt syrische Geheimdienste und deren libanesische Handlanger, Drahtzieher des Attentats gewesen zu sein, bei dem Hariri und 22 weitere Personen ums Leben kamen.

Die durch das Attentat erzeugte politische Dynamik und internationaler Druck führten im April 2005 zum Abzug der syrischen Truppen aus dem kleinen Nachbarland nach 29-jähriger Präsenz.

Innerhalb des maronitischen Lagers standen die Falangisten seit dem "Massaker von Ehden" vom Juli 1978 mit dem Clan des ehemaligen Staatspräsidenten Suleiman Frangie und dessen Miliz "Marada-Brigaden" in Blutfehde. Damals hatten Falangisten den Sohn des Ex-Präsidenten und früheren Minister Tony Frangie, dessen Frau und ihre dreijährige Tochter, sowie 33 weitere Verwandte und Mitarbeiter ermordet. *(Der Standard.at, 21. 11.06)*

Libanon:

Lahoud lehnt Beschluss ab

Der pro-syrische Staatspräsident Lahoud hat in einem Brief an UN-Generalsekretär Annan den Kabinettsbeschluss als "ungesetzlich" bezeichnet, der ein UN-Tribunal im Mordfall Hariri gebilligt hatte und sprach der Regierung nach dem jüngsten Rücktritt von sechs Ministern die Legitimität ab. Der Beschluss, zu dem es ohne Absprache mit ihm gekommen sei, binde den libanesischen Staat nicht, schrieb Lahoud.

Die UN teilten jedoch mit, die Zustimmung durch die Regierung sei ein wichtiger Schritt, um die UN-Resolution 1664 zu erfüllen. Der Sicherheitsrat hat nun dem Statut des Tribunals zuzustimmen. Die Zeitung "Washington Post" berichtete am Mittwoch von einem vertraulichen UN-Bericht, der der libanesischen Hizbullah vorwirft, die islamistischen Extremisten in Somalia auszubilden. Das sei die Gegenleistung für deren Entsendung von 720 Kämpfern an die Seite der Hizbullah im jüngsten Krieg gegen Israel.

Unterdessen sind mit der Weiterreise des Parlamentssprechers Nabih Berri von Teheran nach London die Chancen für eine rasche Beilegung der Krise im Libanon weiter gesunken. Berri hatte in der vergangenen Woche Gespräche aller Parteien am "runden Tisch" angesetzt, die jedoch scheiterten. Eine Rückkehr des Schiiten Berri, dem allein zugetraut wird, die Konfliktparteien wieder an einen Tisch zu bringen, steht weiter nicht fest. Berri sei nicht in Eile, berichtete die libanesische Zeitung Al Nahar. *(Quelle: faz, 15.11.06)*

Mahnende Worte in Libanon

Reaktionen nach dem Mord an Industrieminister Gemayel

Nach dem Mord an Industrieminister Gemayel in Libanon haben Vertreter verschiedener Richtungen zur Ruhe aufgerufen. Dennoch kam es in einigen Orten des Landes zu Ausschreitungen.

In Libanon haben die zerstrittenen anti- und pro-syrischen Kräfte nach dem Mord an Industrieminister Pierre Gemayel zur Ruhe aufgerufen. Pierres Vater, der frühere Präsident Amin Gemayel, mahnte seine Anhänger zur Zurückhaltung und warnte vor Racheaktionen. Die Menschen sollten in dieser Nacht beten und sich Gedanken darüber machen,

wie Libanon geschützt werden könne, sagte Gemayel vor dem Spital St. Joseph, in das der Leichnam seines Sohnes gebracht wurde. Auch Drusenführer und Syrien-Gegner Walid Jumblat warnte vor voreiligen, emotionalen Reaktionen, die das Land spalten könnten.

Die Einheit des Landes im Visier Der christliche Oppositionspolitiker und Verbündete der pro-syrischen Hizbullah-Miliz, Michel Aoun, sagte, die Attentäter wollten die Einheit des Landes zerstören. «Wir rufen alle Parteien zur Besonnenheit auf, damit wir dem Vorhaben der Täter nicht zum Erfolg verhelfen.»

Erste gewaltsame Reaktionen

Trotzdem kam es nach dem Attentat zu ersten Unruhen im Land. In Bickfaya, dem Heimatort des Getöteten, zerstörten Anhänger am Dienstag die Autos von pro-syrischen Politikern. Ähnliche Vorfälle wurden auch aus der Hauptstadt selbst gemeldet, wo Abfallcontainer und Reifen angezündet wurden. Vor dem Spital versammelten sich Hunderte von Anhängern, die Sprüche gegen den von Syrien und Iran unterstützten Hizbullah skandierten.

Polizei und Armee verstärken Präsenz

Im Christenviertel Ashrafieh verbrannten Gemayel-Sympathisanten Porträts des Oppositionsführers Michel Aoun. Auf das Büro des anti-syrischen Parlamentsministers Michel Pharaon feuerten Unbekannte Schüsse ab. Die Polizei und die Armee verstärkten ihre Präsenz.

Unbekannte hatte am Nachmittag das Feuer auf das Fahrzeug Gemayels nahe Beirut eröffnet und den 34-jährigen Syrien-Kritiker tödlich verletzt. Auch ein Leibwächter starb an den Folgen der Schüsse. Die USA und die EU aber auch Syrien verurteilten die Tat scharf. *(Quelle: NZZ Online, 22.11.06)*

Deutschland:

Niedersachsen prüft Abschiebung in den Irak

Eine Woche vor der Innenministerkonferenz der Länder ist ein heftiger Streit über die künftige Behandlung irakischer Flüchtlinge in Deutschland entbrannt. Das UN-Flüchtlingshochkommissariat und die christlichen Kirchen warnten davor, Menschen aus diesem Land grundsätzlich von einer Bleiberechtsregelung auszunehmen. Dies fordert unter anderem der bayerische Innenminister Günther Beckstein.

Das niedersächsische Innenministerium lässt unterdessen prüfen, welche irakischen Flüchtlinge für eine Abschiebung in Frage kommen. Ein Sprecher des Ministeriums in Hannover bestätigte eine Meldung der "Frankfurter Rundschau", wonach die Ausländerbehörden des Landes in einem Rundschreiben aufgefordert wurden, in Frage kommende Personen zu benennen.

In den Nordirak abgeschoben werden könnten allerdings nur Straftäter oder Personen unter Terro-

rismusverdacht, sagte Ministeriumssprecher Klaus Engemann.

Niedersachsens Innenministerium bezieht sich dem Bericht zufolge auf eine Mitteilung der Bundespolizei, wonach die Fluggesellschaft ZOZIK Air den Weg für Rückführungen in den Nord-Irak frei gemacht habe. Die Airline sei bereit, pro Woche acht unbegleitete und zwei begleitete Flüchtlinge mitzunehmen. Nach Informationen der Zeitung steht das Thema Abschiebungen in den Irak auch auf der Tagesordnung der Innenministerkonferenz in der kommenden Woche.

Kritik der Kirchen und des UNHCR

Das UN-Flüchtlingskommissariat UNHCR appellierte an die Ressortchefs, auch irakischen Flüchtlingen Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigungen zu ermöglichen. Auch die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) und die katholische Deutsche Bischofskonferenz wandten sich dagegen, Staatsangehörige bestimmter Länder pauschal von einer solchen Regelung auszuschließen.

Auf Kritik stieß auch der Vorschlag, die Arbeitserlaubnis für Flüchtlinge lediglich mit einer befristeten Verlängerung der Aufenthaltsgenehmigung zu verknüpfen. Die Betroffenen würden damit weiter in Unsicherheit über ihre Zukunft leben.

Insgesamt leben in Deutschland rund 180.000 geduldete Flüchtlinge. Aus Gründen der Menschlichkeit können sie nicht abgeschoben werden, ihr Aufenthaltsstatus wird kurzfristig verlängert. Nach Schätzungen der Menschenrechtsorganisation Pro Asyl würden mit der derzeit diskutierten Bleiberechtsregelung nur zwischen 10.000 und 30.000 eine Aufenthaltserlaubnis erhalten.

(Quelle: tagesschau.de, 09.11.06)

Zwei Kurden bedroht

Rund 20 Rechtsextreme haben in der Nacht zum Samstag zwei Kurden in der Celler Innenstadt verfolgt und bedroht. Die beiden Kurden mussten sich vor den Frauen und Männern in eine Bar flüchten, wo sie sich verbarrikadierten, bis die Polizei kam. Vier junge Rechtsextreme wurden vorübergehend in Gewahrsam genommen. *(taz, 13.11.06)*

Wer Arbeit hat, darf bleiben

Einigung auf Innenministerkonferenz

Die Innenministerkonferenz hat eine Regelung für das Bleiberecht bislang nur geduldeter Flüchtlinge beschlossen. Es habe einstimmige Zustimmung zu dem erarbeiteten Kompromiss gegeben, sagte Brandenburgs Innenminister Jörg Schönbohm in Nürnberg.

Schon vom kommenden Montag an können Flüchtlinge demnach ein dauerhaftes Bleiberecht beantragen. Flüchtlingsfamilien müssen dafür bereits sechs Jahre in Deutschland leben, Alleinstehende acht Jahre. Bedingung für alle ist der Nachweis einer Arbeit. Dieser muss bis spätestens zum 30. September 2007 erbracht werden. Erst bei einer Stellenannahme werde die Duldung in eine Aufenthaltserlaubnis für zwei Jahre umgewandelt, so die Länderminister.

Nach Angaben von Niedersachsens Innenminister Uwe Schünemann würden von der Neuregelung auf die Schnelle rund 20.000 der rund 200.000 geduldeten Ausländer profitieren. Sie verfügten über einen Arbeitsplatz und könnten ab sofort eine Aufenthaltserlaubnis erhalten.

Zeite Stufe Bundesgesetz

Wie der Vorsitzende der Länderkonferenz und bayerische Innenminister Günther Beckstein erklärte, soll parallel zur Einführung der neuen Regelungen auf Länderebene in einer zweiten Stufe ein Bundesgesetz erarbeitet werden. Insbesondere müsse für den rechtlichen Status der Ausländer ohne Arbeitsplatz eine Lösung gefunden werden. In diesem Punkt bestehe der grundsätzliche Konflikt mit der Großen Koalition fort, sagte Beckstein.

"Wir haben insbesondere Bedenken, ein langfristiges Aufenthaltsrecht zu gewähren, ohne dass eine Arbeit vorhanden ist. Da wird möglicherweise der Bund weitergehende Beschlüsse treffen. Ob da die Länder im Bundesrat mitmachen, muss geklärt werden", sagte Beckstein. Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble zeigte sich über den Beschluss der Innenministerkonferenz zufrieden und sprach von einem "guten Ergebnis".

(Quelle: tagesschau.de, 17.11.06)

Presseerklärung

Bleiberechtsregelung für lange geduldete Flüchtlinge:

Bleiberecht für Wenige!

Kettenduldung wird nicht abgeschafft!

Jetzt muss ein Abschiebestopp in NRW her!

Die Kooperationspartner der Flüchtlingsberatung in NRW begrüßen, dass die Innenministerkonferenz nicht auf eine gesetzliche Altfallregelung warten wollte und sich stattdessen auf eine sofortige Bleiberechtsregelung verständigen konnte.

Allerdings werden hiernach nur rd. 10% der rd. 200.000 in Deutschland geduldeten Flüchtlinge begünstigt werden. Die größte Hürde stellt hierbei die Voraussetzung eines dauerhaften Beschäftigungsverhältnisses und die Sicherung des Lebensunterhaltes ohne Inanspruchnahme von Sozialleistungen – auch für die Zukunft – dar.

Rita Schillings, Sprecherin der Flüchtlingsinitiativen:

„Das ist das Gegenteil von dem, was wenige Tage zuvor von Vertretern der Großen Koalition in Berlin erreicht wurde. Für die allermeisten geduldeten Flüchtlinge ändert sich durch den IMK-Beschluss gar nichts!“

Die Flüchtlingsinitiativen fordern deshalb den Innenminister des Landes NRW auf, die Aussetzung von Abschiebungen für Personen, die die Voraussetzung der Mindestaufenthaltsdauer von 6 Jahren (Familien) bzw. 8 Jahren (Alleinstehende) erfüllen, nach § 60a Abs. 1 AufenthG anzuordnen.

Claus-Ulrich Pröbß (Kölner Flüchtlingsrat):

„Dieser IMK-Beschluss ersetzt nicht eine gesetzliche Regelung! Wir brauchen eine wirkliche Per-

spektive für die Geduldeten und Maßnahmen zur Abschaffung der sog. Kettenduldung. Deshalb fordern wir von der Bundesregierung und vom Gesetzgeber, eine großzügige Bleiberechtsregelung durch Änderung des Aufenthaltsgesetzes zu schaffen. Hierbei sollte die im Berliner Spitzengespräch vom 14.11.2006 festgelegte Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen mit gleichrangigem Arbeitsmarktzugang auch ohne Beschäftigungsnachweis zugrunde gelegt werden. Außerdem sollte es Sonderregelungen z. B. für unbegleitete Minderjährige, physisch und psychisch kranke und ältere Flüchtlinge geben.“

Der Bundesarbeitsminister wird aufgefordert, kurzfristig die Beschäftigungsverfahrenverordnung dahingehend zu ändern, dass geduldeten Flüchtlingen nach 4 Jahren einen Arbeitsmarktzugang ohne sog. Vorrangprüfung erhalten können. Auch dies war Teil der Einigung vom 14.11.2006.

Rückfragen und Informationen:

Rita Schillings, Telefon 02171 / 84645

Claus-Ulrich Pröbß, Telefon 0221 / 3382 – 249,

Mobil: 0171 / 7992647

(Quelle: *Flüchtlingsrat Leverkusen, Kolberger Str. 95a, 51381 Leverkusen, 17.11.06*)

USA:

Irak bleibt das Hauptproblem

Ausgang der US-Kongresswahlen hat wenig Auswirkungen auf die verfahrenere Situation

Howard Dean, Vorsitzender der Demokratischen Partei, war schon vor den US-Kongresswahlen vorsichtig. Ein plötzlicher Kurswechsel in der Irak-Politik wäre auch nach einem Wahlsieg seiner Partei unwahrscheinlich. Man könne auf US-Präsident George W. Bush lediglich Druck ausüben, um ein paar Zeitpläne durchzusetzen.

Ein Mittel dazu wären Untersuchungsausschüsse, wie sie die Demokraten bereits angekündigt haben. Das geheime Abhörprogramm im Inland könnte Thema eines solchen sein, aber eben auch, wie es zum Irak-Krieg kam. Das Problem dabei: Hier können zwar Fehler der Vergangenheit aufgezeigt, eine Lösung aber nur schwer vorangetrieben werden.

Den Demokraten ist es zwar gelungen, die Mid-Term-Wahlen zu einer Abstimmung über die Politik der Regierung zu machen, auch wenn diese gar nicht zur Wahl stand, sondern lediglich die 435 Abgeordneten im Repräsentantenhaus, 33 Senatoren sowie 36 Gouverneure. Einheitlich trat die Partei gegen die Irak-Politik des Präsidenten auf, von einem gemeinsamen Ansatz zu einem Ausweg aus dem Dilemma sind die Demokraten aber weit entfernt. Nur die wenigsten sind für einen sofortigen Abzug der US-Truppen aus dem Zweistromland, wie ihn Montag hunderte Militärangehörige in einem Internet-Appell forderten.

Auch den meisten Bush-Gegnern ist nämlich klar, dass ein bedingungsloser Rückzug den arabischen Staat noch tiefer ins Chaos stürzen und die Reputa-

tion der Amerikaner schwer beschädigen würde. Überdies würde sich Bush, in dessen Kompetenz die Außenpolitik und die Streitkräfte liegen, einer solchen Vorgangsweise in den verbleibenden zwei Jahren seiner Amtszeit gewiss verweigern.

Rückkehr der Baathisten

Die politische Ambition des Präsidenten, im Irak einen "Sieg" zu erzielen, liegt freilich in weiter Ferne – nicht wegen der Demokraten, sondern wegen der Situation im Irak selbst. Ohne einen einigermaßen funktionierenden Ausgleich der widerstreitenden Interessen von Schiiten, Sunniten und Kurden kann das Land nicht befriedet werden, meinen Beobachter.

Ansätze dazu gibt es. So will die irakische, von Schiiten dominierte Regierung als Zugeständnis an die Sunniten ehemaligen Funktionären der Baath-Partei von Saddam Hussein die Rückkehr in ihre alten Berufe erleichtern. Ein entsprechender Gesetzentwurf soll demnächst dem Parlament vorgelegt werden. Die USA hatten die Baath-Partei im Mai 2003, einen Monat nach dem Sturz Saddam Husseins, aufgelöst.

Die Absichtserklärung, die tausende von ehemaligen Baath-Mitgliedern betreffen könnte, wurde einen Tag, nachdem Saddam zum Tode verurteilt wurde, am Montag bekannt gegeben. "Reporter ohne Grenzen" protestierte unterdessen dagegen, dass zwei TV-Sender geschlossen wurden, weil sie Bilder von Demonstrationen gegen das Todesurteil gezeigt hatten.

Der Ex-Diktator musste am Dienstag in seinem zweiten Prozess wegen Massakern an Kurden erneut vor das Sondertribunal. Dabei rief Saddam die verschiedenen Volksgruppen zur Versöhnung auf.

Als Versöhnungsgeste kann wohl auch die Tatsache gewertet werden, dass das Innenministerium in Bagdad 57 teils hochrangige Polizisten und Angestellte aus dem eigenen Haus vor Gericht bringen will. Diese werden beschuldigt, hunderte Gefangene gefoltert zu haben. Derartige Vorwürfe gegen die Polizei, die dem von Schiiten geführten Innenministerium untersteht, werden seit langem erhoben. (Quelle: *Wiener Zeitung, 08.11.06*)

Schweiz:

Haftentschädigung für Doppelbürger

Die Schweiz muss einen eingebürgerten Kurden für seine Inhaftierung in Deutschland entschädigen. Laut Bundesgericht hätte ihn das Bundesamt für Justiz BJ über das Auslieferungsersuchen der Türkei informieren müssen.

Der Kurde wurde 1999 eingebürgert. Interpol Ankara ersuchte 2001 um seine Auslieferung. Das BJ lehnte das Gesuch ab, ohne ihn darüber zu informieren. Der Ahnungslose wurde 2003 bei einer Deutschlandreise wegen des int. Fahndungsgesuchs für 112 Tage festgesetzt. Er verlangte daraufhin 47'000 Fr. Schadenersatz und 22'000 Genugtuung. Das Finanzdepartement wies dies aber ab.

(Quelle: *search.ch, 21.11.06*)

*Sehr verehrte Leserin,
sehr verehrter Leser,*

Wir möchten an Sie appellieren, uns mitzuteilen falls Sie eine e-mail-Adresse haben, denn der Versand über e-mail ist kostengünstiger und schneller.

Wir möchten Sie gleichzeitig auf unsere aktualisierten WEB-Seiten in Deutsch und Englisch hinweisen, die interessante Beiträge enthalten. Diese Beiträge tragen nicht unbedingt unsere Meinung, sondern geben die aktuell für unser Themengebiet interessanten Diskussionen wieder. Besuchen Sie doch einmal www.kurden.de.

*Mit freundlichen Grüßen.
Ihre Redaktion*

PUBLIKATIONEN

Die Kinder des Engel Pfau – Religion und Geschichte der kurdischen Yezidi Johannes Düchting

KOMKAR Publikation, ISBN: 3-927213-23-3, Preis: 20,00 Euro

In Kurdistan ist eine der ältesten Religionen der Menschheit beheimatet: die Religion der Yezidi. Auf Grund von Migration und Vertreibung leben inzwischen aber auch in der Bundesrepublik Deutschland zehntausende Anhänger dieser Religion. Hier dürfte sie inzwischen nach Christen, Moslems und Juden die viertgrößte Religionsgruppe sein. Bekannt ist einer breiten Öffentlichkeit aber so gut wie nichts über sie. Lediglich von „Teufelsanbetern“ oder einer „Geheimreligion“ wird gemunkelt und alle paar Wochen verbreitet ein deutsches Montagmagazin Schauergeschichten über die Religionsgruppe. Allenfalls weiß man noch aus der Lektüre Karls Mays, dass die Yezidi irgendwo im „wilden Kurdistan“ beheimatet sind.

Johannes Düchting, Vorstandsmitglied des Internationalen Zentrums für Menschenrechte der Kurden, berichtet in seinem im November 2004 erschienenen Werk kenntnisreich über die Inhalte der yezidischen Religion und die Geschichte des yezidischen Volkes. Der Autor zählt zahlreiche Angehörige der Religion zu seinem Bekanntenkreis und hat mehrfach die Heimatregion der Yezidi (zuletzt im September 2004 das im Nord-Irak gelegene religiöse Zentrum von Sheikh Adi) besucht. Schwerpunkt des ersten Teils des auf zwei Bände konzipierten Werkes sind die Inhalte und die Praxis der yezidischen Religion, die der Autor im Vergleich mit zahlreichen anderen kurdischen und nah-östlichen Religionen darstellt, die Einfluss auf die Yezidi-Religion genommen haben, aber auch von dieser beeinflusst worden sind. **Bestellung: beim IMK e.V.**

Dokumentation: Trauma und Therapie Erfahrungen in der psychosozialen Arbeit mit Überlebenden von Krieg und Gewalt

Mit Beiträgen von: Knut Rauchfuss, Imihan Zorlu, Hamidiye Ünal, Jutta Bierwirth, Cinur Ghaderi, Karin Griese, Dr. med. Hubertus Adam, Dr. med. Joachim Walter, Salah Ahmad, Joachim Sobotta und Johannes Düchting

Das Internationale Zentrum für Menschenrechte der Kurden und die Medizinische Flüchtlingshilfe haben in den Jahren 2002 und 2003 eine Reihe von Fortbildungsveranstaltungen für MitarbeiterInnen und KollegInnen in der Arbeit mit Kriegs- und Gewaltopfern sowie für andere beruflich motivierte InteressentInnen durchgeführt.

Im Rahmen der Fortbildungsreihe stellten ExpertInnen aus unterschiedlichen Feldern der psychosozialen Arbeit ihre Erfahrungen im Umgang mit Opfern von Krieg und staatlicher Gewalt vor und referierten über Entstehungsbedingungen von Traumata, Therapiemethoden sowie über die vielschichtigen gesellschaftlichen Hindernisse in der Arbeit mit Betroffenen.

Ein Teil der Vorträge dieser Fortbildungsreihe, ergänzt um eigene Beiträge der HerausgeberInnen, haben zu diesem Buch geführt. Es soll dazu beitragen, die Diskussion um Methoden und Ziele psychosozialer Arbeit mit Überlebenden von Krieg und Folter fortzuführen.

ISBN 3 – 933881 – 19 – 6, Zu beziehen über IMK e.V., Preis: 21,-- Euro (incl. Versandkosten)

"Mord im Namen der Ehre"

Entwicklung und Hintergründe von "Ehrenmorden" – eine in Kurdistan verbreitete Form der Gewalt gegen Frauen

Eine besonders verabscheuenswürdige Form der Gewalt gegen Frauen sind die "Morde im Namen der Ehre," die bis heute im Nahen Osten und vor allem auch in Kurdistan üblich sind, ja sogar in den letzten Jahren häufiger geworden zu sein scheinen. Immer wieder werden dort Frauen ermordet, nur weil sie in Konflikt mit den rigiden herrschenden Moralvorstellungen geraten sind.

Was sind die Gründe dafür, dass zahlreiche Frauen umgebracht werden, nur um die angeblich durch sie befleckte Familienehre zu reinigen? Stehen die "Ehrenmorde" mit dem Erstarken des Islam und seinen Moralvorstellungen im Zusammenhang? Warum sind diese Morde vor allem in Kurdistan zu beobachten, handelt es sich bei ihnen etwa um eine "kurdische Tradition"? Diesen Fragen gehen in diesem Buch zwei kurdische Wissenschaftlerinnen nach. Die Rechtsanwältin Hamiyet Izol untersucht das Phänomen in den türkischen Teilen Kurdistans, Dr. Mukaddes Sahin in den irakischen Teilen des Landes, vor allem in den sog. kurdischen Selbstverwaltungs-Gebieten, die schon vor dem Sturz des Saddam-Regimes dem Zugriff des Tyrannen entzogen waren. Johannes Düchting informiert darüber, wie das deutsche Flüchtlingsrecht mit Frauen umgeht, die Gefahr laufen, in ihrer Heimat Opfer von "Ehrenmorden" zu werden.

Zu beziehen über IMK e.V. Preis: *12,-- Euro (incl. Versandkosten)*

AUSLÄNDER IM EIGENEN LAND - Die Situation staatenloser Kurden in Syrien

In der Provinz Hasaka wurde 1962 ca. 120.000 Kurden die syrische Staatsangehörigkeit entzogen, sie wurden so zu Staatenlosen, zu Ausländern im eigenen Land.

Die vorliegende Dokumentation beschäftigt sich mit der Situation dieser Bevölkerungsgruppe. Unser Ziel ist es, in einem ersten Schritt sowohl die Hintergründe ihrer Ausbürgerung als auch deren bis in die Gegenwart reichende Folgen darzustellen. Gezeigt wird, dass die Ausbürgerungskampagne von 1962 integraler Bestandteil der allgemeinen Arabisierungsbemühungen der syrischen Regierung gewesen ist und dass die syrische Politik gegenüber den (staatenlosen) Kurden bis in die Gegenwart durch diese Arabisierungslogik geprägt wird.

In einem zweiten Schritt wird aufgezeigt, gegen welche nationalen Gesetze und internationale Abkommen die syrische Praxis gegenüber Staatenlosen verstößt.

Dieser Teil der Studie schließt mit einer Reihe von Empfehlungen zur Verbesserung der Situation der Staatenlosen, die insbesondere an die syrische Regierung, aber auch an andere internationale Akteure gerichtet sind.

Die Situation der aus Syrien stammenden „staatenlosen“ Kurden hat inzwischen auch die deutschen Behörden und Gerichte beschäftigt. Immer mehr dieser Kurden gelingt die Flucht nach Europa und in die Bundesrepublik Deutschland, wo sie, um ihren Aufenthalt hier zu sichern, zumeist Asyl beantragen.

Lange Zeit spielte es in den Asylverfahren keine Rolle, ob es sich bei den Asylbewerbern um Kurden mit oder ohne syrische Staatsangehörigkeit handelte.

Etwa Anfang 2001 änderte sich jedoch die Rechtsprechung hinsichtlich dieses Personenkreises. Inzwischen werden in Deutschland Asylanträge, die sich darauf stützen, dass man staatenloser Kurde aus Syrien sei, regelmäßig abgelehnt. Da zur Situation staatenloser Kurden kaum Veröffentlichungen in deutscher Sprache vorliegen, hoffen wir mit unserer Dokumentation einen wichtigen Beitrag zu die-

sem Thema geleistet zu haben. Mit Beiträgen von Eva Savelsberg, Siamend Hajo und Celal Abbas Kömür sowie Johannes Düchting

Zu beziehen über IMK e.V. Preis: 10,- Euro (incl. Versandkosten)

Drei Bücher des französischen Autoren Francois-Xavier Lovat aus Paris
Francois-Xavier Lovat bereiste im Jahr 1963 zum ersten Mal den Irak. Seitdem hat er drei Bücher herausgebracht, die wunderschöne und beeindruckende Fotos enthalten. Sie sind nachfolgend beschrieben:

KURDISTAN, Irak

140 wunderschöne Farbfotos – eine Ansammlung von Schnappschüssen mit kurzer historischer Beschreibung. Das Buch versucht auf, das tägliche Leben der Kurden im Irak, die zerrissen von zerstörerischen Kriegen und Opfer des doppelten Embargos der Vereinten Nationen und der Regierung von Bagdad sind, wiederzugeben.

Geschrieben in kurdischer, französischer und englischer Sprache.

(103 Seiten, € 24,-- einschl. Versand)

KURDISTAN DEMOCRATIC PARTY

Dieses Buch, mit ca. 140 farbigen beeindruckenden Aufnahmen und Portraits sowie Fotos von zahlreichen Veteranen des historischen Marsches vom 27. April bis 18. Juni 1947, der sie nach dem Zusammenbruch der Mahabad Republik nach Russland in Sicherheit führte, beschreibt die Entwicklung der KDP von 1946 bis 1999.

Geschrieben in englischer und arabischer Sprache. (128 Seiten, € 24,-- einschl. Versand)

KURDISTAN : LAND of GOD – GOTTESLAND

In diesem Buch mit 114 wunderschönen Farbfotos sind alle Religionen beschrieben, die Kurdistan zu einem einzigartigen Land Gottes gemacht haben. Im mittleren Osten, der Wiege aller Zivilisation und der monotheistischen Religionen, umgeben von Blutdurst und Gewalttätigkeit, im Zentrum der schlimmsten Massaker und der größten Toleranz, ist Kurdistan einzigartig.

Dieser Kreuzpunkt großer Wanderungsbewegungen und daher von intensivem wirtschaftlichen, kulturellen und religiösen Austausch, wurde mit seinen Bergen eine Zufluchtstätte für die Unterdrückten, die sehr oft Opfer von religiösen Verfolgungen waren. Diese Geographie hilft, die extreme Vielfalt der Religionen in Kurdistan zu verstehen.

Geschrieben in kurdischer, englischer und deutscher Sprache.

(140 Seiten, € 34,-- einschl. Versand)

Alle drei Bücher können über das IMK bezogen werden.

ISSN 1438- 08 , Herausgeber: IMK e.V., Postfach 200738, D-53137 Bonn,

Telefon: + 49 228 362 802, Fax: + 49 228 36 32 97

e-mail: imkkurds@aol.com, Website: <http://www.kurden.de>

Verantwortlicher Leiter: Abubekir Saydam

Abonnementbedingungen (pro Jahr):

- **Stiftungen, Parteien, Regierungen und internationale Organisationen sowie Gremien: 92,00 €**
- **Gerichte, Rechtsanwälte, Menschenrechtsorganisationen, Flüchtlingsberatungsstellen: 46,00 €**
- **Förderabonnement, Einzelpersonen und kleinere Vereine: 31,00 €**

Bankverbindung : Bank für Sozialwirtschaft Köln, BLZ: 370 205 00, Geschäfts-Konto: 83457 00

Spendenkonto: 83457 01

Für Auslandsüberweisungen: BIC: BFSWDE33

IBAN: DE22 3702 0500 0008 3457 00